



**SABINE VERHEYEN**  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60 - ASP 15E112  
B - 1047 Brüssel  
Tel.: +32 228 45299  
Fax: +32 228 49299  
sabine.verheyen@ep.europa.eu  
www.sabine-verheyen.de

12.08.14

---

## Pressemitteilung

### **PKW-Maut: Gemeinsamer Brief der EVP-Abgeordneten aus Euregio Maas-Rhein und Saar-Lor-Lux-Region an Dobrindt versandt**

In einem Schreiben an Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die Aachener Europaabgeordnete Sabine Verheyen (CDU) gemeinsam mit ihren Kollegen der Europäischen Volkspartei (EVP), Pascal Arimont (Belgien), Jeroen Lenaers (Niederlande), Georges Bach (Luxemburg), Markus Pieper (Deutschland) sowie Hendrik Schmitz (MdL NRW, CDU), die Pläne zur Schaffung einer PKW-Maut in Deutschland kritisiert. Dobrindt hatte im Juli angekündigt, eine PKW-Maut als Infrastrukturabgabe für sämtliche Straßen in Deutschland einzuführen. Diese Maut zielt vor allem auf die Abgaben ausländischer Autofahrer ab.

Die Abgeordneten kritisieren, dass die Grenzregionen in dem Konzeptpapier des deutschen Verkehrsministeriums keinerlei Beachtung finden. Sie prangern zudem die negativen Auswirkungen einer solchen Maut auf den freien Waren- und Personenverkehr in den unmittelbar an Deutschland grenzenden Regionen an.

Verheyen: "In der Euregio Maas-Rhein pflegen die Menschen schon lange einen unkomplizierten Umgang über die Grenzen hinweg miteinander. Diese Errungenschaft droht verloren zu gehen. Unsere Nachbarländer Belgien und die Niederlande könnten nachziehen und ebenfalls eine Maut einführen. Autofahrer in den Grenzregionen würden so mehrfach belastet. Wenn die Menschen an jeder Grenze erst eine Vignette kaufen müssen, werden die eigentlich offenen Grenzen wieder zu Barrieren."

In dem Brief an den Verkehrsminister wird klargestellt, dass nicht nur Bildungs- und Berufspendler von der Maut betroffen wären. Alltägliche Vorgänge, der Besuch von Freunden, Familie und Nachbarn, würden durch die Abgabe unnötig erschwert. Auch die Folgen für den grenznahen Handel und das Gewerbe seien zu berücksichtigen. In der Konsequenz könnte diese Infrastrukturabgabe für niederländische, belgische und luxemburgische Käufer und Kunden nämlich als „neue indirekte Zollabgabe“ empfunden werden. Es sei kaum vorstellbar, dass sich dies nicht auf den kleinen, grenznahen Warenhandel negativ auswirken würde. Ebenso betroffen wären Anbieter von Freizeitdienstleistungen wie Kinos, Restaurants, Cafés, Freizeitparks, Museen, Theatern oder Sportanlagen. Sie könnten einen wesentlichen Teil ihrer

Kundschaft verlieren. Der Verkehrsminister hat versprochen, keinen in Deutschland ansässigen Autohalter in irgendeiner Weise finanziell mehr zu belasten. Dieses Versprechen, so meinen die Abgeordneten, wäre kaum einzuhalten, wenn die Maut, wie im Konzeptpapier vorgesehen, käme.

Verheyen wird sich, gemeinsam mit den anderen Abgeordneten in der Euregio Maas-Rhein und in der Saar-Lor-Lux-Region, auch weiterhin dafür einsetzen, dass die besondere Situation der Grenzregionen in den Plänen des Verkehrsministeriums Beachtung findet.

Die Abgeordneten wollen außerdem mit der Europäischen Kommission in Kontakt bleiben. Die Einführung einer PKW-Maut, die momentan allein auf die Abgaben ausländischer Straßennutzer abzielt, wäre mit den Prinzipien der Gleichbehandlung innerhalb der EU nicht vereinbar. Das hat die Europäische Kommission bereits mehrfach klargestellt.

**Pressekontakt:**

Katharina Radloff  
Parlamentarische Referentin  
Europabüro Brüssel  
Europäisches Parlament  
Rue Wiertz - ASP 15E112  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-228 47299  
E-Mail: [Katharina.Radloff@ep.europa.eu](mailto:Katharina.Radloff@ep.europa.eu)